

Ausgewählte Expertengruppen in der Geschichte der Europäischen Union

Lisa Damaschke, 12. Oktober 2007

Name	Mandat	Vorlage des Berichts	Politisch-historischer Kontext	Zentrale Empfehlungen	Umsetzung/Relevanz
Spaak-Bericht <ul style="list-style-type: none"> erarbeitet von einem Regierungsausschuss, zusammengesetzt aus Delegierten der sechs Staaten unter Vorsitz des belgischen Außenministers Paul Henry Spaak Bearbeitungszeitraum ab Juli 1955 	<ul style="list-style-type: none"> Juni 1955: Die Außenminister der EGKS beschließen auf der Konferenz von Messina die wirtschaftliche Integration ihrer Staaten voranzubringen der Ausschuss erhält das Mandat einen Entwurf über eine zukünftige europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Atomenergiegemeinschaft zu erarbeiten 	Mai 1956: Der Bericht wird den Außenministern auf der Konferenz von Venedig vorgelegt	Zur Ankurbelung der europäischen Zusammenarbeit nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes Schaffung einer Atomgemeinschaft 	Bericht führt zur EWG und EURATOM (Römische Verträge März 1957)
Fouchet-Pläne <ul style="list-style-type: none"> erarbeitet von einer Studien-Kommission, zusammengesetzt aus Vertretern der sechs Staaten unter Vorsitz des französischen Botschafters Christian Fouchet Bearbeitungszeitraum von März 1961 bis Oktober 1961 (1. Fouchet-Plan) bzw. Januar 1962 (2. Fouchet-Plan) 	<ul style="list-style-type: none"> Februar 1961: Die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Paris setzen die Studien-Kommission ein die Studien-Kommission erhält das Mandat die Gestaltung einer diplomatischen und politischen Kooperation zwischen den Staaten zu erarbeiten 	<ul style="list-style-type: none"> Oktober 1961: 1. Plan Januar 1962: 2. Plan 	<ul style="list-style-type: none"> gute bilaterale Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland de Gaulle setzt sich für ein politisch integriertes Europa ein die Mitgliedsstaaten setzen sich für Schaffung einer Europäischen Politischen Union (EPU) ein 	<ol style="list-style-type: none"> Fouchet-Plan: Gründung einer intergouvernementalistisch geprägten EPU mit Möglichkeiten zur Weiterentwicklung supranationaler Strukturen Fouchet-Plan: ausschließlich die Möglichkeit einer eingeschränkteren intergouvernementalen Zusammenarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> das Projekt einer Europäischen Politischen Union scheitert, da sich die Mitgliedsstaaten auf keinen Kompromiss einigen die kleineren Staaten befürchten eine Vormachtsstellung Frankreichs bei einer intergouvernementalistisch geprägten Union und Frankreich wehrt sich gegen eine Supranationalisierung im Anschluss an einen Antrag auf Mitgliedschaft durch Großbritannien verlangen die Niederlande die Aufnahme GB an den Verhandlungen, wogegen sich Frankreich wehrt

Name	Mandat	Vorlage des Berichts	Politisch-historischer Kontext	Zentrale Empfehlungen	Umsetzung/Relevanz
<p>Davignon-Bericht</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ erarbeitet von einem Expertenausschuss (politische Berater der Außenminister) unter Vorsitz des politischen Direktors des belgischen Außenministeriums Étienne Davignon ▪ Bearbeitungszeitraum ab März 1970 	<p>Dezember 1969: Die Staats- und Regierungschefs geben dem Ausschuss auf dem Gipfel von Den Haag das Mandat einen Bericht über die Möglichkeiten der Weiterentwicklung zur politischen Einigung der Gemeinschaft zu erstellen</p>	<p>Oktober 1970: Der Bericht wird den Außenministern in Luxemburg im vorgelegt</p>	<p>Versuch der Ankurbelung der politischen Einigung nach den gescheiterten Versuchen (Fouchet-Plänen) in den 1960er Jahren und im Hinblick auf die geplante Erweiterung der EG</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung von Informations- und Konsultationsmechanismen im Bereich der Außenpolitik (wie Treffen der Außenminister auf sechsmonatiger Basis), um Annäherung der sechs Staaten in Fragen der internationalen Politik und Zusammenarbeit zu erzielen ▪ Gründung eines permanenten politischen Komitees von Diplomaten als Stärkung der intergouvernementalen Zusammenarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ der Bericht führt zur Schaffung eines informellen Konsultationsmechanismus auf dem Gebiet der Außenpolitik ▪ ein permanentes politisches Sekretariat wird jedoch nicht umgesetzt ▪ der Davignon-Bericht gilt als erster Schritt der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)
<p>Werner-Plan</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ erarbeitet von einer Expertengruppe, zusammengesetzt aus den Präsidenten der 5 wirtschafts- und währungspolitischen Ausschüsse der EG unter Vorsitz des Luxemburger Ministerpräsidenten und Finanzminister Pierre Werner ▪ Bearbeitungszeitraum von März 1970 bis Oktober 1970 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dezember 1969: Die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel von Den Haag beschließen einen Plan zum stufenweisen Aufbau einer Wirtschaft- und Währungsunion (nach Vorschlag Willy Brandts) ▪ März 1970: Das Komitee wird beauftragt präzise Umsetzungsmöglichkeiten für die stufenweise Bildung einer Wirtschaft- und Währungsunion zu erarbeiten 	<p>Oktober 1970</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 1969 Vollendung der Zollunion ▪ einige Mitgliedsstaaten setzen sich für die Umsetzung einer Wirtschafts- und Währungsunion ein 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gründung einer Währungsunion innerhalb von 10 Jahren nach einem 3-Stufen Plan ▪ Verringerung der Wechselkursschwankungen zwischen den Währungen der Mitgliedsstaaten bis hin zu einer gemeinsamen Währung ▪ Liberalisierung des Kapitalverkehrs und Schaffung eines europäischen Kapitalverkehrs ▪ gemeinsames Zentralbanksystem 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ der Plan scheitert zu diesem Zeitpunkt, da mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und der Ölkrise 1971 die internationale Währungsordnung in Umbruch gerät ▪ März 1972: die Mitgliedsstaaten verabschieden stattdessen den Europäischen Währungsverbund (Währungsschlange)

Name	Mandat	Vorlage des Berichts	Politisch-historischer Kontext	Zentrale Empfehlungen	Umsetzung/Relevanz
<p>Vedel-Bericht</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gutachten erarbeitet von einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus unabhängigen Experten unter Vorsitz des französischen Rechtsprofessors Georges Vedel ▪ Bearbeitungszeitraum von März 1971 bis März 1972 	<p>März 1971: Die Europäische Kommission erteilt der Gruppe das Mandat zu untersuchen, was die Implikationen der institutionellen und etatmäßigen Stärkung des Europäischen Parlaments (EP) seien</p>	<p>März 1972: Ein detaillierter Bericht wird veröffentlicht und der Kommission vorgestellt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Föderalisten setzen sich für die Stärkung und direkte Wahl des Europäischen Parlaments ein <ul style="list-style-type: none"> ▪ einige Mitgliedsstaaten, wie Frankreich, sind jedoch gegen ein gestärktes EP 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ graduelle Ausweitung und Stärkung der Gesetzgebungskompetenzen ▪ Schaffung eines Konsultationsmechanismus zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament ▪ direkte Wahl des EP 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ der Bericht hat keine unmittelbare Auswirkung auf die politischen Entwicklungen ▪ der Französische Präsident Giscard d'Estaing akzeptiert erst in 1974 die Möglichkeit der Direktwahl des Parlaments ▪ Juni 1979: Die erste Direktwahl des EP findet statt
<p>Tindemans-Bericht</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Bericht über die Europäische Union“ des belgischen Premierministers Leo Tindemans nach Befragung von Politikern, Wissenschaftlern, Interessengruppen in allen Mitgliedsstaaten ▪ Bearbeitungszeitraum von Dezember 1974 bis Dezember 1975 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dezember 1974: Die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen in Paris beauftragen Tindemans einen Bericht zu erstellen, wie der Begriff „Europäische Union“ zu interpretieren sei 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dezember 1975: Der Bericht wird veröffentlicht ▪ April 1976: Der Bericht wird dem Europäischen Rat auf dem Gipfel in Luxemburg vorgelegt 	<p>Versuch der Stärkung der Gemeinschaft in einer Zeit innerer krisenhafter Erscheinungen und ökonomischer Rezession</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung des europäischen Bewusstseins bei den Bürgern ▪ Begriff „Europa der Bürger“ taucht zum ersten Mal offiziell auf ▪ Reform und Stärkung der europäischen Institutionen (z.B. der Europäische Rat soll Rolle als Entscheidungsgremium erhalten) ▪ Notwendigkeit der europäischen Integration (wenn notwendig mit „zwei Geschwindigkeiten“) ▪ Einführung und Stärkung von geldwirtschaftlicher-, Energie-, Sozial- und Regionalpolitik auf europäischer Ebene ▪ Vertretung der Gemeinschaft durch eine gemeinsame Stimme ins europäische Ausland ▪ Gründung einer europäischen Rüstungsagentur 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ der Bericht hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf politische Handlungen ▪ der Rat beschließt 1976 zwar Grundlinien, nach denen sich die Gemeinschaft entwickeln soll, jedoch ohne zu den Vorschlägen Tindemans Stellung zu nehmen

Name	Mandat	Vorlage des Berichts	Politisch-historischer Kontext	Zentrale Empfehlungen	Umsetzung/Relevanz
<p>Spinelli-Entwurf</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ erarbeitet von einem Ausschuss unter Vorsitz des EU-Parlamentariers (MEP) Altiero Spinelli ▪ Entwurf für einen „Vertrag zur Gründung der Europäischen Union“ ▪ Bearbeitungszeitraum ab September 1983 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Januar 1982: EP fordert ein Komitee unter Leitung Spinellis auf einen ersten Bericht über einen möglichen Verfassungsentwurf zu erstellen ▪ September 1983: Nach Kenntnisnahme des ersten Berichts beauftragt das EP den Ausschuss einen Verfassungsentwurf zu erarbeiten 	<p>Februar 1984: Der Verfassungsentwurf wird im EP verabschiedet</p>	<p>Das Europäische Parlament bemüht sich um eine Reform der Gründungsverträge von 1957</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ verfassungsähnlicher Vorschlag für die Gestaltung einer Politischen Union ▪ Eröffnung und Erweiterung der Zuständigkeitsbereiche in der Konjunktur- und Kreditpolitik, der Sozial-, Gesundheits-, Verbraucher-, Kulturpolitik, u.a. ▪ Stärkung eines direkt gewählten EP ▪ Stärkung der Kommission als Exekutive ▪ EU- Bürgerschaft neben nationaler Staatsbürgerschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Februar 1984: EP verabschiedet den Vertragsentwurf ▪ der Rat verwirft jedoch den Entwurf und verabschiedet stattdessen 1986 die Einheitliche Europäische Akte (EEA) ▪ der Entwurf beschleunigt aber die Bemühungen um eine Reform der Gründungsverträge; die Vorschläge werden teilweise berücksichtigt, z.B. die Stärkung eines direkt gewählten Parlaments
<p>Adonnino-Bericht</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Bericht zur Verankerung der EG im Bewusstsein der Bürger“ erarbeitet von einem Ad-hoc-Ausschuss unter Leitung des italienisches MEP Pietro Adonnino ▪ Bearbeitungszeitraum von Juni 1984 bis Juni 1985 	<p>Juni 1984: Der Europäische Rat beim Treffen in Fontainebleau beauftragt den ad-hoc Ausschuss Maßnahmen vorzuschlagen, welche die Identität der Gemeinschaft stärken und ein Europa ohne interne Grenzen voranbringen würden</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ März 1985: Der 1. Bericht wird dem Rat in Brüssel vorgestellt. Der Rat entscheidet, dass der Ausschuss seine Arbeit fortführen soll ▪ Juni 1985: Der 2. Bericht wird dem Rat in Mailand vorgestellt 	<p>Die Staats- und Regierungshäupter versuchen die europäische Identität der Bürger untereinander und das gemeinsame Bild nach außen stärken</p>	<p>1. Bericht:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Steigerung der Mobilität u.a. durch Erweiterung der Freizügigkeit <p>2. Bericht:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerrechte: aktives und passives Wahlrecht für alle Bürger, einheitliches Wahlsystem für EP, einheitlicher Führerschein ▪ gemeinsame europäische Symbole, wie eine europäische Flagge, Hymne, etc. ▪ bessere Kooperation zwischen Universitäten, Austauschprogramme für Studenten, u.a. 	<p>Viele der Vorschläge werden umgesetzt, wie die gemeinsame Flagge (Mai 1986), Anerkennung von Universitätsabschlüssen, Zugang zu Beschäftigung im öffentlichen Dienst für Bürger der Gemeinschaft, u.a.</p>

Name	Mandat	Vorlage des Berichts	Politisch-historischer Kontext	Zentrale Empfehlungen	Umsetzung/Relevanz
<p>Dooge Komitee</p> <p>Regierungsausschuss mit dem offiziellen Namen „Ad-hoc Ausschuss für institutionelle Fragen“, zusammengesetzt aus jeweils einem Delegierten je Mitgliedsstaat und einem Kommissionsmitglied unter Leitung des ehemaligen irischen Außenministers James Dooge</p>	<p>Juni 1984: Die Staats- und Regierungschefs in Fontainebleau beauftragen den Ausschuss spezifische Vorschläge für eine verbesserte Kooperation und politische Integration zu erarbeiten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dezember 1984: Ein erster Zwischenbericht wird auf dem Gipfel in Dublin vorgestellt. Der Rat entscheidet, dass der Ausschuss seine Arbeit fortführen soll ▪ März 1985: Der Schlussbericht wird dem Rat in Brüssel vorgelegt 	<p>Dooge Komitee wird in Anschluss an den Spinelli-Entwurf einberufen als Versuch der Überwindung der institutionellen Krise der Gemeinschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Transformation der Europäischen Gemeinschaften in eine Europäische Union ▪ Stärkung des Binnenmarktes und des europäischen Währungssystems ▪ Entwicklung gemeinsamer Politiken in Bereichen wie Umwelt, Kultur und soziale Angelegenheiten ▪ institutionelle Reformen, wie dem EP im Gesetzgebungsverfahren ein echtes Mitentscheidungsrecht einzuräumen, u.a. ▪ der Schlussbericht des Komitees empfahl zudem die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Änderung der EG-Verträge 	<p>Der Europäische Rat entscheidet in Mailand im Juni 1985 die Einberufung einer Regierungskonferenz</p>
<p>Padoa-Schioppa-Bericht</p> <p>erarbeitet von einer Arbeitsgruppe unabhängiger Wirtschaftswissenschaftler unter Vorsitz des stellvertretenden Generaldirektors der Banca d'Italia, Tommaso Padoa-Schioppa</p>	<p>April 1986: Die Europäische Kommission erteilt der Arbeitsgruppe das Mandat ein wirtschaftliches Gutachten über die Perspektiven der Integration im Hinblick auf die 1986 vollzogene Süderweiterung um Spanien und Portugal sowie auf den angestrebten Binnenmarkt auszuarbeiten</p>	<p>April 1987: Der Bericht wird der Kommission vorgelegt</p>	<p>Süderweiterung um Spanien und Portugal 1986 und angestrebter Binnenmarkt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Süderweiterung mache Stabilisierungsmaßnahmen und Wachstumssicherung erforderlich ▪ Stärkung der Gemeinschaftspolitiken und die Vergemeinschaftung öffentlicher Güter wie Verteidigung, Recht und soziale Sicherheit 	<p>Reformanstöße werden in dieser Form nicht verwirklicht, da die Kommission selbst 1987 ein Reformprogramm vorlegt („Delors-Paket“)</p>
<p>Delors-Bericht</p> <p>erarbeitet von einem Komitee, zusammengesetzt aus den Zentralbankpräsidenten der MS unter Vorsitz des französischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Juni 1988: Der Europäische Rat setzt das Komitee ein mit dem Mandat konkrete Vorschläge für eine Wirtschafts- und Währungsunion zu erarbeiten ▪ Delors setzt sich für die Zusammensetzung des Komitees aus den eher unabhängigeren Zentralbankpräsidenten und gegen die Finanzminister ein 	<p>April 1989</p>	<p>Einheitliche Europäische Akte (EEA) schafft Voraussetzung für den Ausbau des europäischen Binnenmarktes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „Drei Stufen Plan“ zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion ▪ der Plan orientiert sich am „Werner-Plan“ ▪ der Plan legt zwar konkrete, notwendige Maßnahmen zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion dar, beinhaltet aber keinen konkreten Zeitplan 	<p>Die Regierungskonferenz zur Vorbereitung des Maastricht-Vertrags orientiert sich an diesem Bericht für die vertragliche Fixierung der Wirtschafts- und Währungsunion</p>

Name	Mandat	Vorlage des Berichts	Politisch-historischer Kontext	Zentrale Empfehlungen	Umsetzung/Relevanz
<p>Westendorp-Reflexionsgruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitglieder bestehend aus Vertretern der Außenminister (national paritätisch), der Kommission und des EP, unter Leitung des spanischen Diplomaten und Außenministers Carlos Westendorp y Cabeza ▪ Bearbeitungszeitraum von Juni 1995 bis Dezember 1995 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Juni 1994: Der Europäische Rat beim Treffen in Korfu ▪ Reflexionsgruppe soll als Vorbereitung der Regierungskonferenz in Turin im März 1996 Verbesserungsvorschläge erarbeiten, um die politische Integration und die Weiterentwicklung des EU-Vertrags voranzutreiben 	<p>Dezember 1995: Vorstellung der Vorschläge in Brüssel</p>	<p>Weiterentwicklung des EU-Vertrages</p>	<p>Nach der Analyse von Berichten des Rates, der Kommission, des EPs und der MS über die Arbeitsweise der EU Institutionen, nennt die Gruppe drei Bereiche, wo Handlungsbedarf besteht</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ mehr Bürgernähe und Demokratie ▪ institutionelle Reformen und Reform der Entscheidungsprozesse als Vorbereitung einer möglichen Erweiterung ▪ Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit (GASP) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Vorschläge werden nur teilweise berücksichtigt im Vertrag von Amsterdam (Oktober 1997) ▪ besonders institutionelle Reformen bleiben hinter den Empfehlungen zurück
<p>Dehaene-Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weisengruppe, zusammengesetzt aus dem ehemaligen Premierminister Jean-Luc Dehaene (Vorsitz), Richard von Weizsäcker und Lord Simon von Highbury (ehemaliger Vorsitzender von British Petroleum und ehemaliger Minister), erstellt einen Bericht über die institutionellen Auswirkungen der Erweiterung ▪ Bearbeitungszeitraum von September 1999 bis Oktober 1999 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ September 1999: Kommissionspräsident Romano Prodi fordert die drei Weisen zur Vorbereitung der Regierungskonferenz auf, Ansichten zu den institutionellen Auswirkungen der Erweiterung zu äußern ▪ das Mandat besteht in der Aufzeigung institutioneller Probleme und erstreckt sich nicht auf die Erarbeitung konkreter Vorschläge 	<p>Oktober 1999: Der Bericht wird der Europäischen Kommission vorgelegt</p>	<p>Vorbereitung der Regierungskonferenz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beschlussfassung soll in der Regel durch qualifizierte Mehrheit erfolgen ▪ Erweiterung des Mitentscheidungsverfahrens, durch das das EP gleichwertig mit dem Rat am Entscheidungsprozeß beteiligt ist ▪ Vertragstexte teilen, um zu vermeiden, dass die Vertragstexte durch eine lange Prozedur geändert werden müssen ▪ institutionelle Flexibilität, um Erweiterung zu vereinfachen 	<p>Februar 2000: Auf der Regierungskonferenz werden die Empfehlungen teilweise aufgegriffen, wie z.B. die Ausweitung der Beschlussfassung durch qualifizierte Mehrheit</p>

Name	Mandat	Vorlage des Berichts	Politisch-historischer Kontext	Zentrale Empfehlungen	Umsetzung/Relevanz
<p>Herzog Konvent</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ erster europäischer Konvent, zusammengesetzt aus 62 Mitgliedern (15 Vertreter der Staats- und Regierungschefs, 30 Vertreter der nationalen Parlamente, 16 Vertreter des EP, 1 Vertreter der Kommission) unter Leitung von Roman Herzog ▪ Bearbeitungszeitraum von Dezember 1999 bis Oktober 2000 	<p>Oktober 1999: Mandat erteilt durch den Europäischen Rat in Tampere</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Oktober 2000: Die erarbeitete Grundrechtscharta wird dem Rat in Biarritz vorgestellt ▪ Dezember 2000: Die Charta wird auf dem Gipfel in Nizza unterzeichnet 	<p>Nach den auf Initiative der deutschen Bundesregierung gefassten Beschlüssen des Europäischen Rats erarbeitet der Konvent die Charta der Grundrechte der Europäischen Union</p>	<p>Charta der Grundrechte der Europäischen Union</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dezember 2000: Die Staats- und Regierungschefs unterzeichnen die Charta auf dem Gipfel in Nizza ▪ der rechtlich bindende Status der Charta ist noch offen
<p>Sapir-Bericht</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ erarbeitet von einer Expertengruppe unter Leitung des belgischen Wirtschaftsprofessors André Sapir ▪ Bearbeitungszeitraum von Juli 2002 bis Juni 2003 	<p>Juli 2002: Kommissionspräsident Romano Prodi fordert die Expertengruppe auf, das gesamte System der EU-Wirtschaftspolitiken im Hinblick auf die Strategie von Lissabon und den Beitritt neuer Mitglieder zu prüfen und Vorschläge zu erbringen mit der sich ein schnelleres Wirtschaftswachstum, aber auch Stabilität und Zusammenhalt in der erweiterten Union erreichen ließen</p>	<p>Juli 2003: Dem Präsidenten der Kommission wird der Bericht vorgelegt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ankurbelung der Europäischen Wirtschaft im Hinblick auf die Lissabon-Strategie ▪ Analyse / Folgenabschätzung der EU-Osterweiterung 	<p>Insgesamt 33 wirtschaftspolitische Vorschläge wie u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ den Binnenmarkt dynamischer machen und Mobilität vereinfachen ▪ mehr Haushaltsmittel für Bildung und Forschung investieren und eine unabhängige europäische Agentur für Wissenschaft und Forschung bilden ▪ Verbesserung europäischer Wirtschaftspolitik ▪ Reform des EU-Haushalts 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „Jobs & Growth“ wird Hauptzielsetzung der Kommission Barroso ▪ Überarbeitung der Binnenmarktstrategie ▪ Revision der EU-Finzen 2008/2009

Name	Mandat	Vorlage des Berichts	Politisch-historischer Kontext	Zentrale Empfehlungen	Umsetzung/Relevanz
<p>Kok-Bericht</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ erarbeitet von einer europäischen „Taskforce Beschäftigung“ unter Leitung des ehemaligen niederländischen Premierministers Wim Kok ▪ Bearbeitungszeitraum zwischen April 2003 und November 2003 	<p>März 2003: Der Rat ersucht die Kommission eine Taskforce einzusetzen, die beschäftigungspolitische Herausforderungen prüft und praktische Reformmaßnahmen ermittelt</p>	<p>November 2003: Der Kommission wird der Bericht vorgelegt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bewältigung der Konjunkturprobleme ▪ die Taskforce wird gegründet im Hinblick auf die Sorge, dass Europa bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme scheitern könnte ▪ der Bericht sollte als mid-term Analyse der Lissabon-Strategie dienen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ mehr Anpassungsfähigkeit auf Seiten der Arbeitnehmer und Unternehmen ▪ größere Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes für mehr Menschen ▪ mehr Investitionen in Humankapital ▪ bessere beschäftigungspolitische Maßnahmen ▪ mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung ▪ Beschleunigung der Vollendung des Binnenmarkts 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Reform der Lissabon-Strategie (Einrichtung nationaler Reformprogramme) ▪ Dienstleistungsrichtlinie ▪ Umsetzung des Financial Services Action Plans ▪ Stärkung der Lissabon-Politiken im EU-Haushalt